

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Preisnachlass bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto- und Frachtkosten, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Expedition und Verlag: Berlin E. S. Weite Straße 26.

Die abgegebene Kassenquittung über den Kauf kostet 4,- M. einschließlich Transportgebühr. Klein-Ausgaben: Das Freitagblatt kostet 2,- M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Transportgebühr. Sonntags-Ausgaben laut Tarif. Familien-Ausgaben und Bestell-Bestände 2,20 M. netto pro Heft. Bestell-Bestände in Klein-Ausgaben: das Freitagblatt kostet 1,50 M., jedes weitere Blatt 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2648, 4516, 4603, 4635, 4648, 4823

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum Umsturz bereit!

Die Brigade Ehrhardt in Bayern

Die bayerische „Ordnungszelle“ entwickelt sich immer mehr zur Freistadt aller konterrevolutionären Umtriebe in Deutschland. Nicht nur die Waffen für den nächsten Rechtsputsch, auch die Truppenformationen der Konterrevolution werden dort konzentriert und für den Tag des Handelns bereit gehalten. Die reaktionäre Presse poltert täglich gegen die sogenannte „Bayernheer“ und vergißt dabei, daß die Militaristen immer wieder neuen Stoff zu schärfster Kritik an den Verhältnissen in Bayern liefern. Als wir im November 1920 die Meldung brachten, daß die aus dem Rapp-Putsch bekannte Marinebrigade Ehrhardt nach Bayern einberufen würde, hat die bürgerliche Presse diese Tatsache frech abgeleugnet. Wir können heute eine Reihe von Einzelheiten über die Umtriebe dieser Kriegergarde der deutschen Konterrevolution in Bayern mitteilen, gegen die alle Abseignungsversuche nichts nützen werden. Das Beweismaterial ist dazu zu einwandfrei.

Seit ihrer „Auflösung“ war die Brigade Ehrhardt durch Oberleutnant Schmidt ständig zusammengehalten worden, um sie im Bedarfsfall „einschleusen“ zu können. Am 7. Oktober vorigen Jahres verständigte dieser Oberleutnant Schmidt alle ehemaligen Angehörigen der Ehrhardtbrigade durch ein hektographiertes Rundschreiben, daß sich in Bayern eine Möglichkeit gefunden hätte, dorthin zu kommen. Man würde dort alle ehemaligen Kameraden der Brigade finden. Um die Aufforderung zugkräftiger zu gestalten, erinnerte Herr Schmidt seine Kameraden an das

„was sie geschworen haben“.

Nachdem Schmidt dann alle Vorbereitungen im Benehmen mit der bayerischen Ordnungszelle getroffen hatte, versandte er am 8. November 1920 förmliche telegraphische Einberufungsbescheide, und ein großer Teil der Ehrhardtleute leistete der Einberufung Folge.

In Bayern wurden die Mannschaften dann in sogenannte „Marine-Arbeitsgemeinschaften“ zusammengeschlossen, die von einer Reihe von Rapp-Offizieren geleitet werden. Selbstverständlich ist dabei auch der Organisator Oberleutnant Schmidt aus Wilhelmshaven. Außerdem folgende Offiziere: Generalleutnant Siebert, Oberleutnant Eiswald, Herr von Jagow (der Neffe des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten), Oberleutnant Lange, Leutnant Homburg und Oberleutnant Mjowski. Die Herren Militärs wagten es aber doch nicht, in aller Öffentlichkeit mit ihren Truppen aufzutreten, und lassen auf irgendeine Verkleidung. Die fand man denn auch bald auf wirtschaftlichem Gebiet. Ein oberbayerischer Holzhändler mußte seinen Namen hergeben, um so als Strohmann das ganze Unternehmen zu decken und als völlig harmlos erscheinen zu lassen. Die Vermittlung zwischen dem Holzhändler und der Brigade Ehrhardt übernahm Leutnant Klotner, der später die Ehrhardtmannschaften bei dem bekannten Einwohnerverschießen in Tegernsee anführte und mit den Schießleistungen seiner Leute recht groß tat.

Generalleutnant Siebert und Oberleutnant Eiswald schlossen nun für die Brigade Ehrhardt im Auftrag der Zentrale des Kapitänleutnants Hoffmann in München (Kranz-Josef-Str.) einen Vertrag mit dem Holzhändler ab. Die Zentrale Hoffmann versüßte über etwa

15 Millionen Mark für konterrevolutionäre Zwecke.

Amerikas Haltung in der Entwaffnungsfrage

Paris, 6. Januar.

Die Radio-Agentur veröffentlicht folgende Depesche aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten prüft augenblicklich, welche Stellung sie offiziell einnehmen wird angesichts des Verlangens der französischen Regierung, von Deutschland die volle Durchführung der in Spaai vereinbarten Entwaffnungsklausel zu verlangen. Das Staatsdepartement habe keine Ansicht über eine eventuelle Befehung des Ruhrgebietes zu erkennen gegeben. Der Standpunkt der Vereinigten Staaten scheint über diesen Gegenstand der zu sein, daß Deutschland in dem Maße, in dem die Umstände es ihm gestatten, abzurufen, und daß es gut sei, ihm eine neue Frist zu gewähren.

„Euzope“ meldet dazu aus Washington: Dem Staatsdepartement ist eine Mitteilung der französischen Regierung zugekommen, in der es heißt, daß Deutschland gewisse Vertragsbestimmungen nicht erfüllt habe. Das Staatsdepartement hat andererseits erfahren, daß Frankreich die Befehung des Ruhrgebietes und die Zurückbehaltung der rheinischen Provinzen plane. Amerika würde eine derartige Aktion mit wahrer Unruhe betrachten. Die Erklärung André Tardieu, daß der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen die Ratifizierung des englisch-französisch-amerikanischen Bündnisses die Haltung Frankreichs im Falle weiterer Befehung deutschen Gebietes rechtfertigen würde, hat den Präsidenten Wilson überrascht. Das Staatsdepartement erklärt, der Abzicht, durchaus un-patriotisch gegenüberzustehen, daß Deutschland zu bestrafen sei, falls es sich zeige, daß es eine Bestimmung des

Nach dem abgeschlossenen Vertrag sollte der Holzhändler die Ehrhardtleute in Josefthal bei Schliersee für die Gewinnung von Stochholz und dessen Verarbeitung zu Holzstäben beschäftigen. Dieser Vertrag sollte den wahren Zweck der Anwesenheit der Brigade in Bayern verdecken. Nach dem Scheitern des Vertrages, der von dem Holzhändler nicht angenommen wurde, sind die Mannschaften für die Dauer eines Umsturzes vom Vertrag zu entbinden! Hier zeigt sich also ganz deutlich, was die Ehrhardtischen Weisgardisten in Bayern wollen. Sie sollen in geschlossenen Trupps zusammengehalten werden, damit sie jederzeit aktionsbereit für die konterrevolutionäre Bereitschaft sind. Die Brigade ist vollständig militärisch ausgerüstet, brachte Feldküchen und Heerespferde mit und ist gut bewaffnet. Die Maschinengewehre, Gewehre, Maschinenpistolen, Munition usw. sind in der Umgegend gut verbergen, damit sie der Entdeckung durch Außenstehende entzogen sind.

Generalleutnant Siebert verlangte von dem Holzhändler das Ehrenwort, daß er über den abgeschlossenen Vertrag jedermann gegenüber Schweigen bewahre. Der Holzhändler ließ sich aber auf diese Schweigepflicht nicht ein.

Dem Holzhändler schien die ganze Angelegenheit von Anfang an verdächtig, und schließlich wurde er sich seiner Rolle als Strohmann bewußt; er merkte, daß er für die Umtriebe der Konterrevolution mißbraucht werde. Er wollte deshalb den Vertrag mit Generalleutnant Siebert wieder lösen. Als alle Versuche, den Vertrag weiterbestehen zu lassen nichts halfen, wollte Siebert sich rächen und sorgte dafür, daß über das Vermögen des Holzhändlers der Konkurs verhängt wurde. Er ließ einen Holzplatz bei Schliersee versteigern und ihn durch einen Strohmann — einem in der Nähe wohnenden Offizier — erwerben, der dafür 5000 Mark bezahlte, obwohl das Holz einen bedeutend höheren Wert darstellt. Auf diese Weise verschaffte sich der Generalleutnant einen besonderen geschäftlichen Gewinn, mit dem sich wohl die Gerichte noch zu befassen haben werden.

Auch an anderen Stellen Oberbayerns

werden noch kleine Trupps der Ehrhardtbrigade als Holzarbeiter und „gemeinnützige“ Siedler beschäftigt. Die bei dem Holzhändler in Arbeit gewesenen Mannschaften werden jetzt wohl vom Generalleutnant Siebert in eigener Regie beschäftigt werden, oder man wird sie bei anderen Firmen unterzubringen suchen. Die bayerische Regierung sieht dem Treiben der Militärs ruhig zu, und die Reichsregierung ist in der Frage der Entwaffnung völlig in der Hand des Herrn Kahr. Das haben die Antwortnoten in der Einwohnerwehrfrage mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Trotz aller Versicherungen der Reichsregierung, daß die Entwaffnung in Deutschland beendet sei, treibt sich die bewaffnete Ehrhardtbrigade noch in Bayern herum, und niemand denkt daran, ihre Unternehmungen auch nur im geringsten zu stören. Als Nachlässigkeit kann dieses Zusehen der Reichsregierung nicht mehr bezeichnet werden. Es ist heute jedem Einsichtigen klar, daß von Berlin aus die Treibereien der Militärs gebilligt werden und damit Deutschland Konflikten entgegengeführt wird, deren Auswirkung letzten Endes die Arbeiterschaft am schwersten treffen wird.

Friedensvertrages nicht durchführen könne. Dem Staatsdepartement sei der Nachweis erbracht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine gewisse Anzahl von Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen.

Bürgerliche Hege in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Dresden, 7. Januar.

Der Oberbürgermeister von Plauen und der Amtshauptmann von Auerbach haben vor einigen Tagen beim Arbeitsminister, dem Genossen Jädel, vorgesprochen und um die nachträgliche Genehmigung einer Summe von 2 1/2 Millionen Mark für Auerbach und um eine halbe Million Mark für Plauen nachgesucht, die als Beihilfe für die Arbeitslosen verteilt werden sollen. Genosse Jädel hatte die Erfüllung dieser Forderung zugesagt. Die bürgerliche Presse entfaltet nunmehr einen wüsten Heuschreckzug gegen unseren Genossen Jädel. Sie behauptet, daß sein Versprechen gegen die Reichsbestimmungen verstoße und daß er damit einen Präzedenzfall geschaffen habe, der dazu führen müsse, daß auch die anderen Großstädte mit ähnlichen Forderungen kommen würden. Die bürgerliche Presse fordert von der Regierung, daß sie Sachsen den Reichsanteil entziehen solle.

Die Erwerbslosendemonstration in Dresden und in Leipzig, die gestern stattfanden, führten zu keiner Ruhelösung. In Leipzig wurden die Erwerbslosen von dem Oberbürgermeister sowie von dem Kreishauptmann, dem Rechtssozialisten Lange, empfangen. Es bildete sich ein etwa 2000 Mann starker Zug, der durch die Stadt zog. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Von Stufe zu Stufe

Sinowjews Agenten in der „Roten Fahne“ erschrecken sich nun, anlässlich des Verbrechens, das ihre verantwortungslosen Leute in Flensburg begangen haben, Angriffe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu richten.

Da wollen wir endlich einmal deutlich werden! Die kommunistischen Führer haben die Verpöschung übernommen, im Interesse der Machterhaltung Lenins die Revolution zu beschleunigen. Sie haben deshalb ununterbrochen ihre Leute gegen alle ihrer Verantwortung bewußten Vertrauensmänner der Arbeiterschaft gehetzt und schließlich die große sozialistische Massenpartei gespalten. Sie haben gleichzeitig ihren Anhängern eingeredet, daß wenn nur die Führer niedergehetzt sein werden, dann die Revolution sicher ist. Immer wieder haben sie ihnen das vorgeredet, zum Teil mögen sie es in ihrer Einfalt und politischen Unerfahrenheit geglaubt haben.

Die Leute fühlen sich also verpflichtet, etwas zu machen. Und der Moskauer Sporn riß ihnen in den Weichen. Hat doch Moskau abstrichlich die K. A. P. D. in die dritte Internationale aufgenommen, weil diese syndikalistisch-anarchistische Truppe aktiver sei als die Kommunisten. Die K. A. P. D. soll von den Moskauern als noch verlässlicherer Stoßtrupp für die Revolutionsmasche, zugleich aber auch als Stoßtrupp gegen die kommunistische Partei selbst, benutzt werden.

Man versteht also, warum die Kommunisten in letzter Zeit so hysterisch schreien, warum sie krampfhaft nach Gelegenheiten suchen, ihre revolutionäre Zuverlässigkeit vor Moskau zu beweisen, warum sie ihren Anhängern zeigen wollen, daß sie, wenn schon nicht die ganze Revolution, so doch wenigstens kleine Zusammenstöße erzeugen können.

Aus dieser Situation muß man den Flensburger Vorfall beurteilen. In Flensburg ist allem Anschein nach ein niederträchtiges und aufreizendes Verbrechen durch die Erschießung Hoffmanns begangen worden. Die gesamte Arbeiterschaft war von gerechter Empörung erfaßt und gestaltete das Leichenbegängnis zu einer mächtigen Protestkundgebung. Die geschlossene Front war hergestellt. Was taten sie, die Kommunisten? Einige ihrer Leute trieben den kleinen Teil, der den blödsinnigen kommunistischen Parolen jeweilig folgt, vor die Kaserne, direkt in die Maschinengewehre. Was jeder voraussehen mußte, geschah schließlich. Kostbare Arbeiterleben mußten unter diesen Umständen den kommunistischen Wirrköpfen zum Opfer fallen.

Für die „Rote Fahne“ ist das aber nur eine gute Gelegenheit, dieses Unglück mit kaltem Zynismus für ihre elenden Fraktionszwecke auszunutzen. So dumm sind doch selbst diese Redakteure nicht, daß sie nicht genau wußten, daß das, was ihre Leute in Flensburg gemacht haben, ein Freispiel mit Arbeiterleben gewesen ist. Aber die „Rote Fahne“ braucht solche Vorfälle. Zuerst treiben die Kommunisten die Arbeiter in die Maschinengewehre und wenn dann das Unvermeidliche geschehen ist, dann beginnt eine Hege, die sich vor allem wieder gegen die sozialistischen Parteien richtet, die gegen diese verruchte Taktik, sinnlose Putsche zu inszenieren, sich zur Wehre setzen. Die innerliche Verlogenheit, die moralische Verwahrlosung der ganzen kommunistischen Agitation kommt in diesem Versuch, das Unglück, das sie selbst angerichtet haben, zur Agitation gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu benutzen, in unübertroffener Klarheit zum Ausdruck.

Und diese moralische Verwahrlosung macht rapide Fortschritte. Die kommunistische Partei gerät immer rascher in eine wüste Kabaupolitik hinein. Die Sache beginnt mit scheußlichen Szenen bei Versammlungs-sprengungen. Dabei ist es charakteristisch, daß diese Sprengungen sich vor allem gegen unsere Versammlungen richten. Erst vor kurzem wurde in Hamburg eine Versammlung unmöglich gemacht, indem auf den Mann dressierte kommunistische Sprengkolonnen sich sofort nach Eröffnung auf den Vorstehenden Bergmann und den Referenten Dittmann stürzten. Beide wurden mit den Fäusten im Gesicht bearbeitet und trugen Verletzungen davon. Ein Dittmann wird von Arbeitern verprügelt, während ein — Herzog ihr Vertrauensmann ist!

Der selbe Kabau wird überall veranstaltet, wo unabhängige Sozialisten in der Regierung oder in den Stadtverwaltungen sitzen. Nur mit Ekel kann man die Berichte über die Berliner Stadtverordnetenanstalten lesen. Es ist charakteristisch, wie das auch den primitivsten Anforderungen nicht gewachsene Häuflein der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion mit den Kabaubrüdern auf der Galerie wetteifert, wie sich zwischen Galerie und Sitzungssaal eine Schmutzkonkurrenz in Kapeihastigkeit und abstoßender Ungezogenheit aufstaut. Kechnlich suchen die Kommunisten in Verbindung mit den übelsten Elementen in Sachsen gegen die sozialistische Regierung aufzuputschen, und in Braunschweig erleichtern sie der bürgerlichen Reaktion bewußt den Kampf gegen die Arbeiterregierung.

Man könnte dieser Kabaupolitik immerhin mit einer gewissen Ruhe zusehen, weil es gewiß ist, daß sie in kurzer Zeit bei dem gefunden Sinn der deutschen Arbeiterschaft doch

Bankrott machen muß. Aber man soll den Schaden, den die Kommunisten damit anrichten, nicht unterschätzen. Was sie treiben, fällt doch in der Meinung der großen Öffentlichkeit der ganzen Arbeiterklasse zur Last. Große Massen der Arbeiter wenden sich, angeekelt und verärgert, von der politischen Betätigung ab und verfallen der Indifferenz. Sehr zahlreiche Schichten, die für die sozialistische Sache gewonnen werden könnten, werden aber uns feind, weil sie in dem kommunistischen Treiben Zeichen der Unreife der Arbeiterklasse sehen. Nichts fördert deshalb so sehr die antisozialistische Agitation, nichts stärkt in höherem Maße die Reaktion als diese sinnlose und abstoßende Kabaupolitik! Sie ist auf die Dauer fast noch gefährlicher als die Putschpolitik. Die Verbindung aber, die die Kommunisten jetzt zwischen Putsch und Madan hergestellt haben, mißt auf Jahre hinaus die Saufe der Arbeiterklasse schädigen, wenn diese es nicht versteht, den kommunistischen Treibern ein "Bis hierher und nicht weiter" zuzurufen. Es darf nicht sein, daß ein Häuflein von wirren Fanatikern und unverantwortlichen Streibern in einer für das Proletariat ohnehin außerordentlich schwierigen Situation immer neuen Schaden stiften zur Freude und zum Nutzen der Bourgeoisie.

Kommunistische Kommunalpolitik

Die Tätigkeit der Vertreter der Stadtgemeinde Berlin will sich nicht fruchtbringend gestalten. Waren in den ersten Monaten die Rechtsparteien diejenigen, die die neue Vertretung nicht zur praktischen Arbeit kommen lassen wollten, so sind es in neuerer Zeit die Kommunisten, die durch ihre Massensabotage von Anträgen direkt Sabotage trieben und sozialistische Gemeindeglieder dauernd diskreditieren. Recht fetschlich mißt die Umrahmung an, die die Kommunisten den Beratungen im roten Hause geben. Wir freuen uns, wenn welche Kreise der Bevölkerung an den Verhandlungen im Rathaus lobhaften Anteil nehmen und wir waren nie so ämperlich, eine spontane Zustimmung- oder Mißbilligungshandlung von der Tribüne als besonders ungehörig zu bezeichnen. Was wir aber in den letzten Wochen im Rathaus erlebt haben, das ist ein offener Skandal, der die bürgerlichen Gegner nur frohlocken läßt. Das Komodum feiert Orgien.

Am gestrigen Donnerstag wurde mit derselben Führung gearbeitet, der schon in diesen anderen Verhandlungen, auch im Halleischen Torbezirk, "ionangebend" war. Die Leute werden dressiert auf ihre eigenen Kaffengenosse. Zur Ehre der Arbeiterschaft Berlins muß gesagt werden, daß die organisierte Arbeiterschaft mit diesen Exzessen nichts zu tun hat. Durch die langen Reden, die vielen Anträge in Verbindung mit den von den Kommunisten bestellten Kabaubräudern, laborieren die Kommunisten ihre eigenen Anträge, die infolge der Zeitübergebung nicht zur Verhandlung kommen können. Es handelt sich um Anträge, die sie längst in den einzelnen Fraktionssitzungen hätten stellen können. Dort aber fehlt der nötige Rahmen und man muß die Sache begründen können. Darum ist es aber unserer Kommunisten längst nicht mehr zu tun. Wie weit die Sabotage der Kommunisten geht, die sie an sich selber verüben, beweist der Schluß der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Im Bürgeraal, wo die Sitzung fortgesetzt wurde, mußte die Abstimmung über die Anträge der Kommunisten wiederholt werden, darunter auch der, welcher den vorläufig entlassenen Betriebsräten der Elektrizitätswerke das Betreten der Arbeitsräume gestattet. Dieser Antrag verfiel nur deswegen der Ablehnung, weil die Kommunisten sich mit den Kabaubräudern auf der Tribüne beschäftigten, anstatt im Bürgeraal für ihre eigenen Anträge auch einzutreten. Wären die Kommunisten da gewesen, wären die Anträge angenommen worden. In denselben Rahmen paßt auch das Verhalten der Wortführer der Kommunisten in der gestrigen geheimen Sitzung, in welcher es sich um den neuen Stadtschulrat handelte.

Wie haben alle das lebhafteste Interesse an der schneidigsten Wahl des Stadtschulrats. Der mit der Wahl bestimmte Ausschuss hat gestern beschlossen, den bekannten Hamburger Schulreformer Paulsen für diesen Posten vorzuschlagen. Die Bürgerlichen wehren sich dagegen, wollen die Sache weiter hinauszögern, weil sie erst die Lehrer auf den Plan rufen wollen. Wir wollen baldige Wahl und da alle drei sozialistischen Fraktionen für Paulsen sind, ist seine Wahl gesichert. Was aber tut der Vertreter der Kommunisten? Er zweifelt gegen 11 Uhr die Beschlussfähigkeit des

Hauses an. Nun stellt sich bei der Auszählung heraus, daß die Versammlung noch beschlussfähig war, worauf sich der Antragsteller lächerlich machte, aber es hätte auch anders kommen können. Dann wäre die Sitzung ausgesetzt und es hätte nicht mehr beschlossen werden können, die Wahl auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu legen.

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus der Arbeit der Kommunisten im Rathaus. Kommunistische Kommunalpolitik nennen sie das. Sie ist auch danach.

Deutschnationale Kauferei

In der alldeutschen Presse kann man zurzeit einen heftigen Zweikampf verfolgen, der zwischen Herrn Reinhold Wulle, dem ehemaligen, und Herrn Pastor Maurandbrocher, dem jetzigen Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“ ausgetragen wird. Der Herr Pastor hatte behauptet, Wulle habe deswegen gehen müssen, weil er mit anderen Ketzern zu stark belastet gewesen sei und deswegen der „Deutschen Zeitung“ nicht genug Aufmerksamkeit widmen konnte. Daraus veröffentlicht Herr Wulle folgende Erklärung:

„Zur Steuer der Wahrheit, auf die sich Herr Dr. Maurandbrocher mit Recht beruft, möchte ich nur folgendes feststellen: Herr Dr. Maurandbrocher ist erst seit einigen Tagen Hauptschriftleiter, kann die Verhältnisse also noch nicht übersehen, sonst wäre er wahrscheinlich in seinen Behauptungen vorsichtiger gewesen, zumal er nach Mitteilung in den Dresdener Blättern seine sonntäglichen Predigten und seine angelegten Vorträge ruhig weiter abhält. Diese „Doppelbelastung“ des neuen Mannes, die mit der Zeitung nichts zu tun hat, vermag also das Blatt. Ich will nicht ohne zwingenden Grund auf die Geschichte meines Rücktritts in der Öffentlichkeit zurückkommen, bitte aber die Gegenseite dringend, sich die gleiche Zurückhaltung aufzuerlegen.“

Wir wollen uns in diese deutschnationale Kauferei nicht einmischen. Sozial kann aber festgestellt werden, daß beide Teile recht haben, wenn sie sich gegenseitig indirekt der Lüge beschuldigen. Wer sich den Deutschnationalen verschreibt, der muß von der Wahrheit Abstand nehmen und es macht dabei gar nichts aus, ob man als Pastor der Kirche oder als deutschpöpstlicher „Herold“ einer Gewerkschaftsversammlung den Vortritt gibt. Die „Post“ benutzt die Gelegenheit, um Herrn Maurandbrocher zu sagen, „wie wenig kameradschaftlich einzelne Ressorts seiner Zeitung, zuletzt die „Frauenabteilung“ und auch die Geschäftsleitung, unter Vortritt dieser behandelt haben, ohne daß von unserer Seite darüber ein Wort verloren wurde“. Es ist eine laubere Gesellschaft, die sich bei den Deutschnationalen zusammengefunden hat!

Die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien

Wie W. L. B. aus Oppeln meldet, hatten am Donnerstag die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen eine Unterredung mit der Interalliierten Kommission über die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien. Von Seiten der Interalliierten Kommission nahmen außer General Le Rond Oberst Percival und General De Marinis teil. Die Gewerkschaftsvertreter legten die augenblicklichen Verhältnisse eingehend dar und bedauerten, daß die Unsicherheit in Oberschlesien Formen angenommen habe, die als unerträglich bezeichnet werden müßten. Seit dem 1. September seien in Oberschlesien 45 Morde vorgekommen, darunter im Kreise Reuthen allein 13. Aber nur in fünf von allen diesen Fällen war es möglich, ein eigenliches Verfahren durchzuführen, da man die Mörder nicht fassen konnte.

Im Verlaufe der Besprechung wurde von General Le Rond die Frage aufgeworfen, ob das Banditenwesen in irgendeinem Zusammenhang mit bolschewistischen Tendenzen gebracht werden könne. Seitens der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen wurde dies bestritten. Die Gewerkschaftsvertreter forderten, daß die Interalliierte Kommission energisch durchgreifen solle und vor allem Truppen zu Nachtpatrouillen in den ländlichen Bezirken Verwendung finden sollten. Seitens der polnischen Vertreter wurde ausdrücklich eine Verschärfung der Grenzkontrolle nach allen Seiten hin als notwendig anerkannt und gewünscht. Im Namen der Interalliierten Kommission versprach Le Rond, energisch durchzugreifen und Anweisungen zu geben, daß sowohl die Justizbehörden, die staatliche Polizei als auch die Kreiskontrollen die Verhältnisse mehr als bisher Rechnung tragen und das Banditenwesen mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen sollen. Künftighin sollen sowohl

an der Grenze wie in den ländlichen Bezirken des Nachts militärische Patrouillen ausgeschickt werden.

Die Interalliierte Kommission hat die ernste Verpflichtung, die übernommenen Verpflichtungen auch in die Tat umzusetzen. Sie ist die einzige Instanz, die in der Lage ist, in Oberschlesien Verhältnisse zu schaffen, die wenigstens die persönliche Sicherheit der Einwohner gewährleisten. Aber auch im Hinblick auf die kommende Abstimmung ist es geradezu unerlässlich, daß geordnete Sicherheitsverhältnisse bestehen, da sonst eine ruhige Abwicklung der Wahlhandlung unmöglich wird. Denn es ist ganz klar, daß in der Ueberzeugung von der mit der Abstimmung verbundenen persönlichen Gefahr eine ganze Reihe Wahlberechtigter einfach auf ihr Stimmrecht verzichten würden. Die Interalliierte Kommission wird also nicht anders können, als den Forderungen der Gewerkschaftsvertreter, die aus keinerlei nationalistischen Momenten gestellt sind, nachzukommen.

Die Abstimmungsfrage noch nicht gelöst?

Paris, 7. Januar.

Nach einer Meldung des Londoner Korrespondenten des „Welt Pariser“ ist man in englischen politischen Kreisen der Ansicht, daß die Frage der Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier noch nicht gelöst sei und daß es infolgedessen schwierig sei, das Problem der Reparation endgültig zu regeln.

Eröffnung des griechischen Parlaments

Konstantins Thronrede

Das griechische Parlament wurde am Mittwoch in feierlicher Weise eröffnet, und nach einem Teideum leisteten die Abgeordneten den Eid. Darauf betrat König Konstantin, nach einer Meldung des „Eiteurope“, den Sitzungssaal und wurde mit Begeisterung begrüßt. Auch die Königin und die Prinzessinnen waren zugegen. Der König verlas seine Thronrede, in der er von der Unterstützung sprach, welche die Großmächte Griechenland haben angeboten und für welche er und das ganze Griechenvolk außerordentlich dankbar seien. Der König versprach eine Revision der Verfassung sowie eine Reorganisation der griechischen Finanzen. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Beschluß Griechenlands, mit den Alliierten zusammen zu arbeiten, diesen Vertrauen einflößen und dazu beitragen wird, daß die Beziehungen zur Entente verbessert würden.

Italienische Passverweigerung

Die offizielle italienische Agentur Stefani teilt mit, daß die italienische Regierung Sinowjew, Bucharin und Walschanow, die zur Teilnahme an dem italienischen Sozialistenkongress nach Livorno kommen wollten, das Passvisum verweigert hat.

Wir können aus eigener Kenntnis mitteilen, daß auch dem Genossen Marlow die Einreiseerlaubnis nach Italien verweigert worden ist.

England und Rußland

Eine englische Note an Tschitschewin

Lord Curzon sandte, wie das „Holländische Neuwesbureau“ mitteilt, an Tschitschewin eine Note, in der er bekräftigt, daß die Verantwortlichkeit für die lange Dauer der Unterhandlungen mit der Sowjetregierung über Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen der englischen Regierung zufalle. Wenn die Sowjetregierung beabsichtigt, die übernommenen Verpflichtungen in guter Treue durchzuführen, werde eine Regelung leicht zu treffen sein.

Die englische Regierung hoffe, daß die Sowjetregierung Krassin ermächtigen werde, das Handelsabkommen bei seiner Klüftung zu unterzeichnen und daß in Ausführung des Handelsvertrages nicht nur die Probe für die Aufrichtigkeit beider Parteien gefunden werde, sondern daß sie auch der erste Schritt zum Wiederaufbau der materiellen Wohlfahrt Europas sein solle.

Sozialistische Interpellation über das französisch-belgische Militärabkommen. Der sozialistische Abgeordnete Racheu wird bei Wiedereröffnung der belgischen Kammer den Ministerpräsidenten über den französisch-belgischen Militärvertrag interpellieren.

Gerhart Hauptmanns Florian Geyer

Im Großen Schauspielhaus

Der deutsche Zweitragtrakt mitten ins Herz.
Florian Geyer

Zum dritten Male seit 25 Jahren ist vorgestern Hauptmanns historisches Drama aufgeführt worden. Bis dahin war es uns die schönste Dichtung vom deutschen Bauernkrieg. Seit dieser Aufführung ist es mehr: die Tragödie deutscher Revolution, die Nationaldichtung von Deutschlands politischer Ohnmacht.

Die deutsche Geschichte, von der in den Schulen soviel Wesens gemacht wird, ist nicht schön. Kein Volk ist so arm an großen politischen revolutionären Charakteren. In allen entscheidenden Kreuzwegen der Geschichte stand das Volk und seine herrschende Klasse da, — führerlos in vollendeter Ohnmacht. Schon Engels weist darauf hin, daß Deutschland und Frankreich so oft vor den gleichen Problemen standen. Während sie Frankreich fast stets glücklich löste, hat Deutschland stets versagt. Was nützen auf die Dauer alle selbstgefälligen Geschichtslügen! Das deutsche Volk allein trägt Schuld und Verantwortung für das Elend und die Folgen des 30jährigen Krieges wie des Weltkrieges, für das Elend und die Folgen seiner mittelalterlichen Politik, für das Elend und die Not des Bauernkrieges, in dem hunderttausend redliche von Rot gepöpstete Menschen nutzlos abgeschlachtet wurden und die Ueberlebenden danach elender waren als je vorher.

Und doch sind die wenigen Monate Bauernkrieg eines der wenigen ruhmreichen Kapitel in der deutschen Geschichte. Der Bauernkrieg war Revolution und er stellte Forderungen auf, die erst 1789 von den französischen Bauern erhoben und erkämpft worden sind. Die Begriffe der bürgerlichen Freiheit wurden aus tiefster Not und religiöser Ergriffenheit zu revolutionären Forderungen gemacht. Und doch ging die Bewegung elend unter: an der Ohnmacht und Unfähigkeit der Führer, und an der Verräterei jener Klassenfraktionen, die dann auch 1848/49 und 1918/19 unter den Schutz der Bajonette stützten und es lieber mit den Unterdrückten als mit den idealistischen Rebellen hielten, denn 1825 waren sie auch schon da.

Wenn wir die Geschichte des Bauernkrieges lesen, in der schwungvollen Darstellung von Zimmermann, die auch Hauptmann zu seiner Dichtung angeregt hat, oder in der politischen Zusammenfassung, die ihr Engels gegeben hat, oder in dem Extrait, den Wehring daraus gezogen: immer überwältigt und ermüdet die endlose Fülle der Namen, Schlachten, Intriguen und

die unserer Bildung so ferne Welt dieser ganzen Geschichtsperiode. Hauptmann, dessen große Gestaltungsgabe stets zu einem Teil seine Größe ausmachte, hat nie mehr von ihr befehlen, als in diesem Drama. Zwar treten zahllose Personen auf, die Szene ist nicht immer deutlich, die Akte folgen nicht mit dramatischer, sondern mit romanhafter Logik aufeinander — aber doch hat seine wunderbare Dichterhand den historischen Stoff bezwungen, die Parteien und Klassen aufgeführt und das Schicksal des Helden aus den Ereignissen, aus der Zeit und den Verhältnissen mit feierlicher Sicherheit herausgeführt. Und mehr als das noch: die Zeit lebt in jedem Wort der Dichtung, die Menschen reden, fühlen, leben ihre Zeit und wie immer bei Hauptmann ist jeder einzelne so wahr und leblich, daß man ihn greifen, sehen, riechen kann.

Und was die Männer dieses Stückes reden und tun: es ist deutsche Revolution, deutsche Ohnmacht, deutscher Schmerz, aber auch deutsche Gefühlskraft — in jeder Regung bis ins letzte Lied und Säuseln der Sterbenden. Die große Sitzung im ersten Akt, in der ein Führer gewählt werden soll — geht es da nicht zu wie in den deutschen A. und S. Räten und fast in allen unseren Versammlungen. Wunderbar, wie Hauptmann das alles weiß — wie er es nicht erzählt — sondern weisenhaft macht, und vor uns geschehen läßt. Er kennt die Launen und die Einfälle, die Versammlungen arbeitsunfähig machen, die Zwischenrufe der Verteilung bei einer Wahl, und schließlich die Kraft des geborenen Führers, der eine zerfallende Versammlung zu bändigen versteht, wie Geyer diese im 1. Akt durch seinen Appell an die Einigkeit, durch seinen Vorschlag, einen Kriegsrat zu bilden, dem alle zu gehorchen haben, und zuletzt durch die großartige Geste, mit der er sein Messer in das Türholz schleubert mit dem Ruf: „Der deutschen Zweitragtrakt mitten ins Herz.“

Florian Geyer ist kein Held der alten Schule. Er führt nicht, sondern er wird von den Zeit- und Volkskräften emporgehoben und hinabgeworfen. Schon im zweiten Akt bricht er nach der selbstverschuldeten Niederlage der Bauern fast zusammen. „Männer, die weinen, sind gut“, meinte Goethe (wenn wir nicht irren). Geyer, der im vierten Akt in Tränen ausbricht, ist die Güte selbst, das Recht selbst und voll der blenden Ehrfurcht für eine Sache, die so heilig ist, daß nach ihr keiner anderen mehr gedient werden kann. Als die Sache fast verloren ist — geht er für sie in den Kampf. Sie ist es ganz — da geht er für sie in den Tod.

Aber Mann und Held ist er für uns erst als revolutionärer Charakter. — Wie wunderbar er zu den Halben und Schlechten spricht: „Den besten Handel, die edelste Sache, die heiligste Sache, eine Sache, die Gott einmal in eure Hand gegeben hat und viel-

leicht nimmer — in euren Händen ist sie gewest wie ein Kleinod im Sausiall.“ „Ihr lebt und schlottert vor Angst und erbärmlicher Flucht? Wo ist jetzt das Evangelium blieben? Ist keiner unter Euch, der es mit hat im Herzen verflucht und verraten.“

Und wie es zum Todestampfe geht: „Deutschland ist ein gut Land, ist aller Länder Krone, hat Gold, Silber, Brot und Wein genug, zu erhalten dies Leben reichlich. Aber es ist der Zweitragtrakt kein Elend. Die Pfaffen binden es. Die Fürsten zerstückeln es. Ich hab gedacht, ich wollt Wandel schaffen. Wer bin ich, daß ich's magt.“

Das ist Florian Geyers Tragödie. Er wollte der deutschen Zweitragtrakt das Messer mitten ins Herz stoßen — und fiel, verraten und gemeuchelt, in einem mittelalterlichen Eden-Hotel. Auf ihn, der der Sache treu blieb, wollen wir anwenden, was Maria und Verle an der Leiche von Götz von Berlichingen sagen, der die Sache der Bauern verraten hatte: „Ebler Mann! Ebler Mann! Wehe dem Jahrhundert, das dich von sich stieß! Wehe der Nachkommenschaft, die dich verannt!“

Die Aufführung bestätigte, daß das große Schauspielhaus für Theateraufführungen kaum verwendbar ist. Der Raum der Bühne ist weder vom Regisseur noch vom Schauspieler zu bewältigen. Zwischen den Akten werden bei halber Beleuchtung die Kulissen für den nächsten Akt herbeigeschleppt. Die Leichen stehen auf und gehen in die Garderobe. Es ist so, als ob man noch keinen Theatervorhang erfinden hätte. Die Regie arrangiert Nebenfiguren und Spaziergänge der Statisten, während die Schauspieler, die sich etwas zu sagen haben, einander auf Wegen entgegengehen, deren Anblick schon müde Beine macht. Die Kunstfreiheit der Bühne verhindert jede Konzentration des Zuschauers auf bestimmte Szenen. Seelisch stille Worte und Szenen verhallen. Welch ein Dichter dieser Hauptmann, daß trotzdem Lyrik und Stimmung aus dem kalten Bühnenbassin aufstieg. In Wahrheit paßt das Große Schauspielhaus nur für drei Spielformen: Antikes Drama, Proletarische Feierstunden, Kino. Alles andere wird hier gemordet.

Eugen Klopfer gab den Florian Geyer als einen rotblonden, hochgeschulterten Bauernbüchsen mit langen, schalenrunden Armen und dem Profil des jungen Napoleons. Er spricht ein breites fränkisches Niederdeutsch mit einer Stimme, die zuletzt monoton wurde, aber aus einem weichen Herzen und einer ehernen Seele kam. Wie die besten Reinhardt'schen Aufführungen hat auch diese von Martin geleitete, ein geistiges Wand. Die politischen Hauptstücke sind aus dem Text nicht herausgearbeitet und plastisch hingestellt worden. Und da auch eine scheußliche Szene des Welches Schreckens geistlich wurde, fehlte der Aufführung die politische

